



SPD-Unterbezirk Dortmund · Postfach 10 35 52 · 44035 Dortmund

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Dortmund
Luisenstr. 30
44137 Dortmund

Brüderweg 10 - 12
44135 Dortmund

Postfach 10 35 52
44035 Dortmund

Tel.: 02 31 / 58 56-0
Fax: 02 31 / 58 56 28

Internet: spd-dortmund.de
eMail: ub-dortmund@spd.de

8.5.2014

Stellungnahme der SPD zu den kommunalpolitischen Forderungen der GEW Dortmund.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD begrüßt die konstruktive Auseinandersetzung der GEW Dortmund mit der kommunalen Bildungspolitik sehr. Wir stellen fest, dass sich die inhaltlichen Positionen überwiegend decken, es jedoch weiteren Verbesserungsbedarf gibt und eine kontinuierliche Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen erforderlich ist. Dies soll entsprechend guter Tradition auch in Zukunft gemeinsam im Dialog mit Ihnen und anderen bildungspolitisch Aktiven erfolgen.

Inklusion

Wir treten in Dortmund dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. Wir wollen Dortmund zu einer inklusiven Stadt machen. Für uns bedeutet Inklusion die Möglichkeit einer uneingeschränkten Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft, ungeachtet ihrer Fähigkeiten und Beeinträchtigungen, ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, ihres Geschlechts oder ihres Alters.

Dabei legen wir besonderen Wert auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sowie die Barrierefreiheit. Alle Kinder und Jugendlichen sollen gemeinsam aufwachsen und lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie in den Schulen die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Alle Menschen sollen sich ungehindert in der Stadt bewegen und an allen Veranstaltungen und Ereignissen teilhaben können.

Eine inklusive Stadtgesellschaft erfordert auch, dass die notwendigen individuellen Hilfestellungen, die Menschen mit Behinderungen zur Gestaltung des Alltags und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe benötigen, bereitgestellt und finanziert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Leistungsrechts für Menschen mit Behinderungen zu einem neuen Teilhabegesetz des Bundes. Nur so lassen sich Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen entscheidend verbessern. Hiermit einhergehen muss die finanzielle Entlastung der Städte bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. So lassen sich finanzielle Spielräume für die Städte schaffen, um die Teilhabechancen unter anderem für die Menschen mit Behinderungen weiter zu verbessern.

Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird nach den derzeitigen Bundesgesetzen aber alleine von den Kommunen und - für Westfalen - vom Landschaftsverband in Münster gestemmt, ohne dass es eine Bundesbeteiligung gäbe. Die Bundesregierung spielt auf Zeit und setzt die nötigen Reformschritte zur Personenzentrierung des Hilfesystems ebenso wenig um wie die damit zwingend verbundene Pflegereform, die im Übrigen viele behinderte Menschen benachteiligt. Auch diese Reform schiebt sie nach wie vor sich her. Die in den Vereinbarungen zum Fiskalpakt zwischen Bund und Ländern zugesagten finanziellen Entlastungen der Kommunen müssen in die Realität umgesetzt werden. Wir werden auch hier nicht locker lassen, damit für Landschaftsverband und Stadt, damit auch für die Menschen in Dortmund, bereits in 2014 entsprechende Wirkungen eintreten

Bildung und Teilhabe

Seit 2011 bekommen Kinder und Jugendliche, die Sozialleistungen erhalten, auch Unterstützungsleistungen im Bereich der Bildung und Teilhabe. Hierzu zählen unter anderem ein Schulstarterpaket, Schülerbeförderungskosten, Zuschuss zum Mittagessen für Kita-Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Lernförderung.

Wir sorgen in Dortmund dafür, dass Regelungen so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche diese Angebote unbürokratisch nutzen können. Dies gilt insbesondere auch für die Lernförderangebote, damit alle Schüler die Möglichkeit erhalten, ihre Schullaufbahn erfolgreich zu gestalten.

Grundsätzlich jedoch sind wir der Auffassung: Das Bildungs- und Teilhabepaket ist trotz aller Bemühungen noch immer ein bürokratisches Monster zu Lasten der Kinder und Jugendlichen, aber auch der Eltern, Schulen und Kindertageseinrichtungen. Daher fordern wir weiterhin, die bereitstehenden Mittel nicht in aufwendige und wenig effektive Hilfesysteme zu stecken, sondern die Chancengleichheit der nachwachsenden Generation durch die Finanzierung verbesserter Strukturen vor allem in Schulen und Kindertagesstätten sicherzustellen.

Schule

Die SPD steht für eine regionale Schulentwicklungsplanung, die die wesentlichen Aufgaben für eine gute Bildung junger Menschen berücksichtigt. Hierzu gehören die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch intensive und qualitativ hochwertige Sprachförderung, längeres Gemeinsames Lernen durch die

Einrichtung weiterer Sekundarschulen unter Berücksichtigung des Elternwillens und eine inklusive Schulentwicklung, die Heterogenität als Stärke begreift und dafür sorgt, dass alle Kinder an allen Schulen willkommen sind.

Wir begreifen den Offenen Ganzttag als Chance. In Absprache mit dem Familien-Projekt, den Trägern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden die Angebote im Ganzttag qualitativ weiterentwickelt. Wir wollen unsere Schulen baulich so gestalten, dass sie den Anforderungen einer ganztägigen Beschulung ebenso entsprechen wie einer Kultur der Vielfalt. Klassenräume tragen in erheblicher Weise zum Lernerfolg bei und müssen deshalb lernfördernd gestaltet werden. Für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler wollen wir gute Lernbedingungen schaffen und daher sind bei Sanierungen auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu berücksichtigen. Die schrittweise Einführung von lärmarmen Klassenräumen wird von uns weiter fokussiert. Seit 2000 hat die Stadt mehr als 500 Millionen Euro in die Dortmunder Schulen investiert. Gemessen an allen anderen Investitionen handelte es sich hierbei um das wirkliche Großprojekt der vergangenen Jahre. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Schulische Inklusion

Unser Ziel ist die inklusive Schulstadt Dortmund, in deren Schulen eine Kultur des Willkommens herrscht und in der Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit haben, alle Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihres Geschlechts oder ihrer Behinderung wertzuschätzen und sie in ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern und zu angemessenen Bildungsabschlüssen zu führen. Schulen und Lehrkräfte brauchen dabei im Rahmen ihrer Eigenverantwortlichkeit Unterstützung durch eine ausreichende Personalausstattung. Inklusiver Unterricht kann nur funktionieren, wenn Lerngruppen möglichst klein gehalten werden und Lehrkräfte durch entsprechend qualifiziertes Personal unterstützt werden. Hierzu gehören die Sonderpädagogik und auch die Schul-Sozialarbeit, deren Finanzierung durch das Land und den Bund sichergestellt werden muss. Des Weiteren müssen die Dortmunder Lehrkräfte mit den für die Lehrbedingungen unverzichtbaren Unterrichtsmaterialien und –medien unterstützt werden. Dazu gehören auch bereitgestellte kostenlose Kopierkontingente. Wir unterstützen die Politik der SPD-geführten Landesregierung, die in einem behutsamen Prozess unter Einbeziehung der Betroffenen alle Schulen zu inklusiven Schulen entwickeln will. Dies kann je nach Standort und Schulform bei gleichem Ziel in unterschiedlicher Schrittfolge und unterschiedlichem Tempo geschehen. Im Prozess der inklusiven Schulentwicklung kommt dem Regionalen Bildungsbüro eine wichtige gestaltende Rolle zu. Förderschulen müssen im Verlaufe dieses Prozesses zu regionalen Unterstützungs- und Beratungszentren weiter entwickelt werden. Dortmund erreicht im schulischen Inklusionsprozess deutlich mehr Schülerinnen und Schüler als der landesweite Durchschnitt aller Kommunen. Das zeigt uns: Inklusion kann gelingen! Bei der weiteren Entwicklung der schulischen Inklusion muss vor allem die Weiterentwicklung der Qualität von Förderung im Vordergrund stehen.

Dazu muss der Prozess der Inklusion in Dortmund transparent für alle Beteiligten gestaltet werden. Ein Inklusionsplan für Dortmund soll das Ergebnis eines Diskussionsprozesses unter Einbeziehung der Betroffenen sein.

Insbesondere benachteiligte Sozialräume brauchen eine besondere Unterstützung. Der „Aktionsplan soziale Stadt“ trägt dem Rechnung und definiert – auch im Bereich der Bildung – besonders förderungswürdige Aktionsräume. Defizite in der Dortmunder Bildungslandschaft, wie sie der Bericht zur sozialen Lage kund tut, erfordern den Einsatz zusätzlicher Ressourcen. Wir werden auch in Zukunft Ungleiches ungleich behandeln.

Schulstandortkonzept und Schulentwicklung

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Elternwillens wollen wir ein Schulstandortkonzept mit diesen Eckpunkten zu erarbeiten:

1. gesicherte wohnortnahe Beschulung in der Primarstufe,
2. funktionsfähige Schulen der Sekundarstufe I in den Stadtbezirken (Auslaufplan zu den Hauptschulen und mögliche Errichtung weiterer Sekundarschulen in den Stadtbezirken),
3. flächendeckendes, differenziertes Angebot an gymnasialen Oberstufen, gemäß den Schulprofilen der Gymnasien, Gesamtschulen und Beruflichen Gymnasien (Berufskollegs) in Kooperation mit den Schulen der Sekundarstufe I,
4. schrittweiser, stadtbezirksorientierter Ausbau der Schulen zu inklusiven Schulen im Rahmen eines kommunalen Inklusionsplans.

Investitionen machen nur Sinn, wenn sie im Rahmen eines nachhaltigen Schulentwicklungsplans abgestimmt sind. Gefördert werden dabei nur Schulen, die für jede Schülerin und jeden Schüler offen stehen. Ebenso möchten wir das Beratungs- und Unterstützungssystem durch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Schulpsychologinnen und -psychologen erhalten. Hier sind das Land und der Bund in der Pflicht. Wir fordern eine unbefristete Regelfinanzierung dieser Unterstützungssysteme, damit die Beschäftigten in diesem Bereich eine gesicherte und langfristige Beschäftigungsperspektive erhalten.

Die Möglichkeiten der Profilbildung in den gymnasialen Oberstufen der Gymnasien, Gesamtschulen und Berufsgymnasien (Berufskollegs) und die Kooperation der Schulen untereinander sollen möglichst vielen Schülerinnen und Schülern den Weg zur Hochschulreife eröffnen. Dazu ist eine verstärkte Information und Beratung nötig, auch schulformübergreifend.

Der Trend zu erhöhtem Bedarf an vollzeitschulischer Ausbildung an Berufskollegs und stark steigende Schülerzahlen in den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufskollegs einschließlich den Beruflichen Gymnasien nimmt die Stadt in die Pflicht, die Modernisierung und den Ausbau der Berufskollegs mit den entsprechenden Fachräumen und Werkstätten weiter zu führen. Dazu zählt auch das im Juni 2013 durch eine Kooperationsvereinbarung der Stadt Dortmund mit dem

Land NRW auf den Weg gebrachte Regionale Berufsbildungszentrum, in dem alle acht Dortmunder Berufskollegs zusammengeschlossen werden.

Perspektiven für junge Menschen

Investitionen für Kinder und Jugendliche heißt in die Zukunft zu investieren. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, jungen Menschen Perspektiven aufzuzeigen und sie auf ihrem Weg zu begleiten und dort zu unterstützen, wo es erforderlich wird. Wer jungen Menschen Entwicklungschancen eröffnen will, muss insbesondere berufliche Perspektiven schaffen.

Mit den Angeboten der Jugendberufshilfe und weiteren sozialpädagogischen Maßnahmen wollen wir Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt führen. Der Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung ist der Schlüssel für die Zukunft junger Menschen.

Die neue Landesstrategie „Kein Abschluss ohne Anschluss. Übergang Schule – Beruf in NRW“ wird in Dortmund, angepasst an die spezifischen Bedingungen der Stadt, seit Anfang 2012 umgesetzt. Mit dem gemeinsamen Ziel, für alle Jugendlichen sinnvolle Anschlussperspektiven nach der allgemeinbildenden Schule zu ermöglichen, werden die Systematisierung der schulischen Berufsorientierung vorangetrieben und mehr Transparenz im Übergang hergestellt - kommunal koordiniert über das Regionale Bildungsbüro.

Der erwartete Fachkräftemangel hat bisher nicht wesentlich zur Ausweitung des Lehrstellenangebots geführt. Angebot und Nachfrage klaffen weiterhin weit auseinander, hohe Abbrecherquoten, nach wie vor viele Altbewerberinnen und -bewerber und eine hohe Zahl von Jugendlichen, die intensive Beratung, Begleitung benötigen, erfordern ein qualitativ hochwertiges Angebot der beruflichen Vorbereitung und öffentlich finanzierten Ausbildung.

Die SPD Dortmund wird das ZEITGEWINN Vorhaben unter Einschluss der neuen Landesstrategie weiterentwickeln. Dabei sollen die systematische berufliche Orientierung aller Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen (Potenzialanalysen, Berufsfelderkundung, Praktika, Berufswahlpass), die Beratung und Begleitung für diejenigen Jugendlichen, die besonderer Unterstützung bedürfen, und die Weiterentwicklung der Berufskollegs zu einem Regionalen Berufsbildungszentrum im Mittelpunkt stehen.

Grundversorgung der Schulen

Auch den einzelnen Problemen, die die GEW bei der Grundversorgung der Schulen in Dortmund sieht, wird sich die SPD in der kommenden Ratswahlperiode widmen. In einer neu aufgelegten gesamtstädtischen Liste für Hochbaumaßnahmen sind erstmals alle erforderlichen Schulbaumaßnahmen aufgeführt und verbindlich priorisiert worden. Die SPD wird auf eine zeitgerechte Umsetzung achten. Bei allen anstehenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen müssen selbstverständlich zeitgemäße Arbeitsplatzbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer eingeplant und geschaffen werden.

Bei Schulen die mangels ausreichender Anmeldungen auslaufen werden, sollte aus Sicht der SPD zunächst geprüft werden, ob die Standorte für andere bildungs- oder jugendpolitische Zwecke geeignet sind, bevor sie aufgegeben werden können.

Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung und eine bedarfsgerechte personelle Anpassung für die Schulsekretariate ein. Die regelmäßige Reinigung und die Beheizung der Schulräume ist eine Selbstverständlichkeit und muss ggf. situationsbedingt verstärkt werden.

Der von der SPD seit langem geforderte Medienentwicklungsplan für Schulen ist in der Umsetzung und bis 2016 auch strukturell im HH-Plan sichergestellt. Für eine Fortsetzung, die Weiterentwicklung und eine entsprechende Realisierung setzen wir uns über das Jahr 2016 hinaus ein.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Nadja Lüders
Unterbezirksvorsitzende

gez. Armin Jahl
stellv. Unterbezirksvorsitzender